



Mehrere tausend Palästinenser versammelten sich für den „Marsch der Rückkehr“ an der Grenze zu Israel. Die radikal-islamische Hamas will mit der Aktion ihren Anspruch auf ein „Recht auf Rückkehr“ für palästinensische Flüchtlinge und deren Nachkommen in das Gebiet des heutigen Israels untermauern. Foto: Mohammed Talatene/dpa

Von Recht, Unrecht und falschen Vergleichen

Alexander E. Weyermann, stellvertretender Vorsitzender der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft Aachen“, stellt hinsichtlich der Leserbrief unter dem Titel „Freiheit und Frieden kontra Würde und Vision“ zum jüngst wieder eskalierten Konflikt zwischen Israel und der Hamas in Palästina klar:

Wer sich informiert, ist klar im Vorteil. Seitdem sich Israel 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, wurden von dort aus weit über 10 000 Raketen und Granaten auf israelische Städte abgefeuert. Israel hat als Reaktion auf den Beschuss ausschließlich militärische Anlagen im Gazastreifen angegriffen, etwa Waffenfabriken. Dutzende Male sind Kommandos aus dem Gazastreifen nach Israel eingedrungen, haben getötet und Geiseln genommen. Der Gazastreifen ist wegen der Angriffe gegen Israel daraufhin 2007 abgeriegelt worden. Täglich fahren über den israelischen Grenzübergang Kerem Shalom 800 bis 900 Lkw mit Versorgungsgütern in den Gazastreifen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat jüngst Israel wieder mit der Aufkündigung der Sicherheitspartnerschaft gedroht, falls Israel die Blockade des Gazastreifens lockert. Wer sich über die Abriegelung des Gazastreifens beschwert, sollte nach den Ursachen und Urhebern fragen!

Zum Thema „62 Tote an der Grenze zum Gazastreifen“: Zwischen 30 000 bis 40 000 Palästinenser haben sich seit Wochen jeweils freitags zum Ziel gesetzt, nach Israel einzudringen und die

vor 70 Jahren verlorenen Häuser ihrer Eltern/Großeltern wieder zu besetzen. Das Ziel beschreibt Jahia Sinwar, Führer der Hamas im Gazastreifen, so: „Wir werden die Grenze niederreißen und ihre Herzen aus ihren Körpern reißen.“ Ist dies eine friedliche Demonstration? Was wäre los, wenn 30 000 bis 40 000 mittlerweile erwachsene Kinder von im Jahre 1945 Vertriebenen an der Grenze zu Polen aufmarschierten und zurück in die Häuser ihrer Eltern/Großeltern wollten? Wer versucht, in ein anderes Land widerrechtlich mit Gewalt einzudringen, dem muss klar sein, dass im Zweifel auch geschossen wird. Dieses Recht auf Verteidigung der Grenzen und der eigenen Bevölkerung hat jedes Land und jedes Volk – auch Israel!

Ronny Rothschild aus Aachen antwortet unter anderem auf die Leserbrief von Willi Toussaint aus Düren und von Rudolf Gottfried aus Aachen:

Herr Toussaint behauptet, Israel hätte bei den letzten Demonstrationen an der Grenze zum Gazastreifen 60 Zivilisten getötet. Inzwischen hat die Hamas bestätigt, dass 50 davon ihre Mitglieder und dementsprechend bewaffnet waren. Damit ist diese Behauptung widerlegt. Herr Gottfried entwickelt eine Verschwörungstheorie, wonach an allem Übel Israel und die USA schuld sind. Der Iran, nach seiner Meinung, ist das friedfertigste Land in der Region. Ein Land, das alle terroristischen Organisationen in der Region unter-

stützt und Israel mit der „Auslöschung“ droht. Die Irish-Republicische Armee (IRA) und die baskische Untergrundorganisation ETA als Rebellenarmeen haben irgendetwas den Kampf aufgegeben. Die Palästinenser wären gut beraten, wenn sie das Existenzrecht Israels anerkennen und dem Terror ebenfalls abschwören würden. Mit dem Verzicht Deutschlands auf die Ostgebiete wurde der Grundstein für dauerhaften Frieden in Europa gelegt. Arabische Staaten haben zweimal Kriege gegen Israel geführt und wurden geschlagen, trotzdem beanspruchten sie das ganze Land für sich – mit welchem Recht? Eine Frage wurde bisher noch nie bedacht: Gesetzlich den Fall, morgen herrscht Frieden und die Palästinenser bekommen die Westbank zurück. (Den Gazastreifen haben sie bereits bekommen.) Von was sollen sie leben? Hunger und Neid werden doch wieder einen Krieg auslösen. Zurzeit findet ein neuer Terror statt. Selbst gebastelte Drachen mit Brennstoffmaterial werden in Gaza gestartet und landen auf den Feldern der umliegenden Kibbuzim. Inzwischen sind etliche Hektar Kornfelder und ein Nationalpark verbrannt. In der deutschen Presse finden diese Ereignisse gar nicht statt. Israel hat bereits angekündigt, die Schäden

den Palästinensern in Rechnung zu stellen. Ein neuer Konflikt ist geschaffen . . .

Magdalena und Norbert Klüppel aus Aachen befassen sich mit dem Ansichtsbild mit dem deutsch-israelischen Historiker Michael Wolffsohn zum Bericht „Die heilige Stadt steht im Auge des Sturms“:

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu jubelt, weil er endlich den US-Präsidenten hat, der ihm zum 70. Jahrestag der Staatsgründung

„liefert“, was er wünscht. Dem Jubel auf der einen entspricht der Zorn auf der anderen Seite, für die dieser Tag der Gedenktag der großen Katastrophe der Palästinenser ist, der Nakba. Dazu ist vieles gesagt und geschrieben worden.

Was uns zu denken gibt, ja uns empört, sind die Ausführungen des deutsch-israelischen Historikers Michael Wolffsohn: „Ohne das Anerkennen der Wirklichkeit keine Politik!“ Politisches Handeln schafft Wirklichkeit, wohl wahr – doch Fakten auf der Basis andauernden Unrechts dürfen nicht anerkannt werden, sie schaffen kein Recht. Dem seiner Wissenschaft verantwortlichen und der jüngeren Geschichte bewussten Historiker Wolffsohn sollten zwei

Vergleiche nicht unterlaufen: der des israelisch-palästinensischen schmerzhaften Dauerkonfliktes mit „Arzt und Krebsgeschwür“ und sicher nicht von der auf Ausgleich und Frieden gerichteten Politik eines Willy Brandt mit der Rambopolitik des Präsidenten Donald Trump. Da ist dem Historiker aber gewaltig das Koordinatensystem verrutscht! Wer jetzt noch von „Friedensprozess“ und „Zwei-Staaten-Lösung“ als Ziel eines „ultimate deal“ spricht, sagt nicht die Wahrheit, sondern verbreitet Fake News.



Ein palästinensischer Demonstrant mit Steinschleuder. Foto: Ashraf Amra/dpa

Sicherer und umweltschonend

Willi Packbier aus Eupen reagiert auf den Leserbrief von Helmut Wiedemann aus Raeren“ unter dem Titel „Kranke Züge, Steuer-Schnecken und das eigene Fleisch“:

Auf der Grundlage eines Vergleiches von Unfällen auf zwei verschiedenen Autobahnstrecken kam Herr Wiedemann zu dem Schluss, dass eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen auf Tempo 130 Unsinn sei. Für mich beim besten Willen nicht nachvollziehbar. Ich stelle fest, dass eine unbegrenzte Geschwindigkeit auf deutschen Autobahnen gegen jede Logik ist.

Man kann sich zwar über die Anzahl der Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit trefflich streiten. Aber die Vorstellung von keinen Auswirkungen ist wirklicher Unsinn. Und bei jedem Toten hierdurch ist es ein Toter zu viel. Es ist eine physikalische Gesetzmäßigkeit, dass die Aufprallwucht mit der größeren Geschwindigkeit quadratisch zu nimmt. So ist die Aufprallwucht bei Tempo 170 doppelt so hoch wie bei Tempo 120. Darüber hinaus kann man auch nicht wegdiskutieren, dass bei höheren Geschwindigkeiten mit zwangsläufigem Bremsen und Beschleunigen der Kraftstoffver-

brauch und hiermit die Schadstoffbelastung deutlich zunimmt. Wer hier Zweifel haben sollte, kann dies selbst testen. Er wird erstaunt sein, wie sich der Kraftstoffverbrauch bei defensivem Fahren mit eingeschränkter Geschwindigkeit gegenüber einem Fahrstil, den man als volle Kanne bezeichnen kann, verändert. Diese Tatsache

„Und bei jedem Toten hierdurch ist es ein Toter zu viel.“

WILLI PACKBIER,
LESER AUS EUPEN

hat übrigens auch zur Folge, dass bei Smogalarm ein Tempolimit eingeführt wird.

Der Umstand, dass der Gesetzgeber hier nicht aktiv wird, hat aus meiner Sicht zwei Gründe. Einmal kann man mit einer entsprechenden Gesetzgebung keine Wähler gewinnen. Zum anderen machen die Lobbyisten hier mal wieder ganze Arbeit.

Mia Heiartz aus Aachen antwortet ebenfalls auf den Leserbrief von Herrn Wiedemann:

Da verbringt Herr Wiedemann viel Zeit damit, Statistiken zu Unfällen mit Toten zu zerpfücken.

Erst einmal erstaunt es mich sehr, dass ein Mensch, der in Belgien wohnt und dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen von 120 Kilometern pro Stunde einhalten muss, sich dermaßen über diese Begrenzung auf einer Strecke von zehn Kilometern echauffieren kann. Aber mehr erstaunt mich noch, dass jemand, der vieles zeitintensiv hinterfragt, nicht betont, welche positiven Auswirkungen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen hat. Beispielsweise verbraucht ein Pkw bei 200 Kilometern pro Stunde bis zu 40 Prozent mehr Kraftstoff als bei 120 Kilometern pro Stunde – hauptsächlich durch den steigenden Luftwiderstand.

Auch potenziert sich mit steigender Geschwindigkeit die Zerstörungsenergie, die bei 120 : 200 Kilometern pro Stunde im Verhältnis 2 : 8 läge, was bedeutet, dass die Zerstörungskraft viermal so groß wäre. Ebenfalls unterscheidet sich der Reaktions- und Bremsweg bei diesem Vergleich drastisch und liegt im Verhältnis 108 : 251 Metern. Die höhere Zahl der Todesopfer tritt dabei nicht erwartungsgemäß in den Vordergrund, da durch die moderne Hightech-Medizin zynischerweise die Anzahl der späteren Schwerstbehinderten auffällig steigt, was aber statistisch nahezu keinen Niederschlag findet.

Der Merkelsche Sinn

Helmut Pape aus Aachen beschäftigt sich mit den Berichten über den Streit um den Kurs in der Flüchtlingspolitik zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer:

Als treuer Leser kriege ich allmählich einen Hals über das Hin und Her (auch in Ihren Kommentierungen) über die ungelöste Flüchtlingsfrage. Wie kann man als Bundeskanzlerin nur so stur sein!? Frau Merkel verschließt sich permanent den guten Argumenten von Herrn Seehofer und den sonstigen wohlmeinenden Bayern. Müssen wir Deutschen erst massiv auf die Straße gehen, damit sie sich darauf besinnt, was ihr Eid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, bedeutet?!

Lutz Vogt aus Herzogenrath hat sich Gedanken zur Affäre beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemacht:

Das Migrationsdesaster wird beschwichtigend als „verstärkte Flüchtlingsdynamik“ deklariert. Und vorab die Beruhigungsspielle: „Die Flüchtlingskrise kommt nicht zurück!“ Ja klar, es ist alles in Ordnung, und es braucht nur noch eine Luftbrücke für Flüchtlinge und die Bereitschaft aller Europäer, Gerechtigkeit im Merkelschen Sinne walten zu lassen. Nur die böse CSU könnte „alte Gräben

wieder aufbrechen“. Es muss nur noch die Spitze des „Eisbergs“ in Bremen abgeräumt werden. Die „verstärkte Flüchtlingsdynamik“ wird uns noch längere Zeit als Krise erhalten bleiben, vor allem wenn noch weiter so verschwurbelt palavert und unprofessionell agiert wird. Betroffen wird nicht nur das deutsche Wirtschaftssystem sein, sondern auch das gesellschaftliche Regelwerk, das untergründig demontiert wird. Es ist erkennbar, dass gegenüber Einheimischen die Regulierungsdichte in zum Teil unsinniger Weise immer weiter erhöht wird. Migranten hingegen brauchen nur „Asyl“ zu murmeln, und der politisch-mediale Komplex hält es für vertretbar, alle rechtlichen/gesetzlichen/gesellschaftlichen Rahmenbedingungen über Bord zu werfen. Das Desaster wird in der Dimension und der Langfristigkeit noch größer sein, als es vorab von den Warnern, die dafür immer noch diskriminiert werden, dargestellt wurde. Mit den bereits vorhandenen integrationsresistenten Parallelgesellschaften in Deutschland wird der Wandel zum Bakschisch-Staat mit mafiös-terroristischen Strukturen weiterentwickelt. Wir schaffen das, Deutschland weiter abzuschaufen! Realitätsbezogenes Vorgehen wird blockiert. Es lebe die wehrhafte Demokratie!

AM RANDE

► **Dr. Klaus Dornseifer aus Aachen meint zum Bericht „Papst bremst deutsche Bischöfe“ über das Eingreifen von Papst Franziskus im Streit um die Kommunion für konfessionsverschiedene Ehepaare – der Papst gab dem Wortführer des konservativen Lagers, dem Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki, recht:**

Papst Franziskus – ein Bremser oder vatikanischen Holzköpfe erlegen? Sehr schade, dass Papst Franziskus von seinen praktischen Richtlinien abgewichen ist. Einvernehmlichkeit in der Ortskirche ist wohl mehr eine Worthülse geworden, jedenfalls keine pastorale Praxis in Deutschland. Die starke Mehrheit der deutschen Bischöfe unter Führung von Kardinal Reinhard Marx muss sich von Papst Franziskus betrogen fühlen. Die Minderheit unter der Führung von Kardinal Woelki aus Köln hat den Kardinal aus München mit seinem Brief an Rom hintergangen – eine typische Praxis des verstorbenen Kardinals Joachim Meisner, der die Gefolgschaft von Opus Dei in Köln hinterlassen hat. Woelki hat vor wenigen Wochen einen von ihnen zu seinem Generalvikar ernannt! (Anm. d. Red.: Neuer Generalvikar ist Markus Hofmann (50), ein Priester, der der erzkonservativen Bewegung „Opus Dei“, der sogenannten Priestergesellschaft vom Heiligen Kreuz, nahesteht.) Der Papst ist wahrscheinlich eingeknickt, als die Kurienfürsten nach der Abreise der deutschen Bischöfe wieder unter sich waren. Unglaublich, dass auch der pensionierte Kardinal Gerhard Ludwig Müller, ehemaliger Chef der Glaubenskongregation, hier noch mitmischen durfte. Der Papst wollte ihn doch nicht mehr. Was tut er dann noch im Vatikan? Er könnte allenfalls zu Benedikt, den emeritierten Papst, gehen und mit ihm Rosenkranz beten, besser noch zum Heiligen Geist beten, auf dass er sie erleuchte!

► **Günter Vogel aus Jülich reagiert auf die Leserbrief unter dem Titel „Trauer, Wut und die Frage nach dem Geld“ zum Mord an der 14-jährigen Susanna aus Wiesbaden:**

Dass der Fall Susanna hohe Wellen schlägt, deren Tenor die generelle Kriminalisierung von Flüchtlingen und Ausländern beinhaltet, war abzusehen. Ebenfalls der Hinweis auf Steuergelder, die verschwendet werden für Flüchtlinge und besser anderswo – also für Deutsche! – ausgegeben werden sollten. Kurz: Es lebe der Stammtisch! Ob sich ebenfalls so viele Leserbrief zum Fall in Freiburg eingefunden haben? Da, wo zwei Deutsche, davon eine die eigene Mutter, ihr Kind vergewaltigt und es zu diesem Zweck auch anderen zur Verfügung gestellt haben? Oder gab es hinsichtlich einer „schlechten“ Verwendung von Steuergeldern auch massiven Protest und Reaktionen im Falle der HSH-Nordbank, die den viel zitierten Steuerzahler etwa 14 Milliarden Euro gekostet hat? Ich glaube eher nicht, denn das würde nicht ins Bild der momentanen Hetze gegen Nichtdeutsche passen.



INFO & KONTAKT

Die Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass sie wegen der vielen Zuschriften nur eine Auswahl treffen kann und Kürzungen vornehmen muss. Die Längenbegrenzung liegt bei 1800 Zeichen inklusive Leerzeichen. Bitte beachten Sie, dass auch Leserbriefe, die per E-Mail geschickt werden, die vollständige Anschrift des Verfassers enthalten müssen.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.

Leserbriefe senden Sie bitte per E-Mail ein oder an: Redaktion Leserbriefe Postfach 500 110 52085 Aachen

Leserbrief-Redaktion: (montags bis freitags, 9 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-431, -444 Fax: 0241/5101-360

leserbrief@zeitungsverlag-aachen.de